

Die Rubrik in Curserweise, mit den Ziffern an, die bezeichnen, ...

Berliner Börse, 31 Jan. 1913

Verkehr: 1. R. 100, 2. R. 100, 3. R. 100, 4. R. 100, 5. R. 100, 6. R. 100, 7. R. 100, 8. R. 100, 9. R. 100, 10. R. 100, 11. R. 100, 12. R. 100, 13. R. 100, 14. R. 100, 15. R. 100, 16. R. 100, 17. R. 100, 18. R. 100, 19. R. 100, 20. R. 100, 21. R. 100, 22. R. 100, 23. R. 100, 24. R. 100, 25. R. 100, 26. R. 100, 27. R. 100, 28. R. 100, 29. R. 100, 30. R. 100, 31. R. 100, 32. R. 100, 33. R. 100, 34. R. 100, 35. R. 100, 36. R. 100, 37. R. 100, 38. R. 100, 39. R. 100, 40. R. 100, 41. R. 100, 42. R. 100, 43. R. 100, 44. R. 100, 45. R. 100, 46. R. 100, 47. R. 100, 48. R. 100, 49. R. 100, 50. R. 100, 51. R. 100, 52. R. 100, 53. R. 100, 54. R. 100, 55. R. 100, 56. R. 100, 57. R. 100, 58. R. 100, 59. R. 100, 60. R. 100, 61. R. 100, 62. R. 100, 63. R. 100, 64. R. 100, 65. R. 100, 66. R. 100, 67. R. 100, 68. R. 100, 69. R. 100, 70. R. 100, 71. R. 100, 72. R. 100, 73. R. 100, 74. R. 100, 75. R. 100, 76. R. 100, 77. R. 100, 78. R. 100, 79. R. 100, 80. R. 100, 81. R. 100, 82. R. 100, 83. R. 100, 84. R. 100, 85. R. 100, 86. R. 100, 87. R. 100, 88. R. 100, 89. R. 100, 90. R. 100, 91. R. 100, 92. R. 100, 93. R. 100, 94. R. 100, 95. R. 100, 96. R. 100, 97. R. 100, 98. R. 100, 99. R. 100, 100. R. 100

Main table containing various stock market listings, including sections for 'Bank-Aktien', 'Industrie-Aktien', 'Deutsche Hypoth.-Pfandb.', 'Eisenbahn-Stamm-Aktien', and 'Eisenbahn-Pfandb.'. Each section lists company names, stock types, and prices.



Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 31. Januar 1913.

Am Bundesratsgebäude in Bonn, Rhinl.
Präsident Dr. Kaempf eröffnete die Sitzung um 1 Uhr 15 Minuten.

Die Debatte über die vorübergehenden Zollerleichterungen bei der Fleisch-einfuhr wurde fortgesetzt.
Abg. Dr. v. Camp (Reichsp.) Zunächst muß ich betonen, daß die Art und Weise, wie hier über die Verhandlungen der Kommission Bericht erstattet worden ist, völlig ungenügend war. Ich muß mich darüber mit aller Entschiedenheit beschweren. (Zuschüsse!) Insbesondere ist über die Begrenzungserläuterungen manches im Unklaren geblieben. Dem Abg. Reichsp. kann ich nicht antworten, wenn er die Preisler so sehr in Schuß nimmt. Unsere Angriffe richten sich aber namentlich gegen die zeitliche Nichtkommissionäre; das sind die Leute, die den Fleischern das Leben schwer machen. Auch bei der Einfuhr russischen Fleisches steht eine einzige Firma ganz Summen ein, die man lieber den Fleischern hätte zuwenden lassen sollen. Die dauernde Grenzschließung ist nicht denkbar, die sanitären Verhältnisse können dagegen. Die freiwilligen Anträge auf Aushebung der Zollerleichterungen sind nicht im Sinne der Kommission zu beschreiben, sondern nur als ein Mittel zur Durchbrechung unserer Fleischschutzzölle. Sie legen damit die Lasten auf die Rücken der Fleischer. (Fortgeleitete Unterredungen links; der Präsident hat wiederholt um Ruhe, da sonst jede parlamentarische Behandlung der Sache unmöglich gemacht werde. Sehr richtig! rechts) Bei der Zuweisung auf allen Gebieten ist es dem Reichstag nicht möglich, mit Argentinien zu konkurrieren. Eine dauernde Abhilfe ist nur denkbar durch weitere Förderung der Viehzucht durch die kleinen und mittleren Bauern. (Beifall.)

Verichterstattung Abg. Dr. Wendhoff: Es wäre von Freyherrn von Gumpert gewünscht, mir Mitteilung zu machen, wenn er mit meiner Verichterstattung unzufrieden ist. Sonberbar, daß dies niemals eines Gruppensprechers der D. N. ist, das nicht in der Kommission vertreten ist. (Großer Lärm rechts; Aufre: Unerbittl! Sie haben als Verichterstatler nicht das Recht, uns so beleidigend fortgeleitete Urtheile.) Ich bin Gegner der Agrarier, weil ich landwirtschaftlichfreundlich bin.

Präsident Dr. Kaempf: Sie dürfen einem Abgeordneten nicht Unvollständigkeit vorwerfen, ebenso hat jeder Abgeordnete das Recht, respektvoll zu werden, ob er nun eine kleine Partei angehört oder eine große. (Beifall rechts.)
Abg. Reichsp. (Reichsp.): Aus der Rede des Freyherrn von Gumpert geht hervor, daß unser Antrag nicht zu machen ist; er ist fürchtlich, daß diese falsche Anschauung sich weiter verbreitet, ohne ich meinem Antrag den Zusatz hinzugeben, daß die Zollsenkungen gelten soll, soweit und solange es zur Abhilfe eines Notstandes erforderlich ist.

Abg. Schmidt-Wirzburg (Sos.): Die Christlichkeit unserer Anträge anzuzweifeln, ist eine frivole Behauptung des Abg. Serab. (Präsident Dr. Kaempf rügte diesen Vorwurf.) Ich muß diese Behauptung zurückweisen; so kann nur ein Mann sprechen, der für die Not der großen Massen absolut unempfindlich ist. Unsere Anträge sind notwendig im Interesse der arbeitenden Bevölkerung. Wir haben Maßnahmen in Aussicht genommen, wir müssen -auernde Grenzschließungen fordern.

Vorberichterstattung Reichsp. stellte fest, daß eine unterschiedliche Behandlung des Gefrierfleisches und des frischen Fleisches im Zolltarif und in dem Fleischbeschauengesetz nicht besteht.

Abg. Dr. Wehinger (Zent.): Abg. Schmidt hat zwar ein großes Gefühl gegen meinen Vortragsredaktor Hervold ausgesprochen, seine Meinung zu äußern aber nicht die Mühe, auf der Herbstversammlung im Reichstag zu gehen. Die Angriffe des Abg. Simon gegen den berechtigten Minister Dr. v. Lohde geben einen Beweis von der wenig noblen Kampfesart dieser Herren den berechtigten Ministern gegenüber. Im übrigen kann von Unterredungen in Bayern nicht die Rede sein. (Sehr richtig!)

Abg. Ostermann (Sop. der Nat.): Die steigenden Lohnverhältnisse in Handel und Industrie haben eine wesentliche Änderung in der Konsumverhältnisse gebracht. Auch in der Landwirtschaft ist die Produktion erheblich teurer geworden. Das bedingt wieder höhere Preise für den Konsument. Der Landwirt, der den Schutzzoll nicht zahlen kann, muß auf entsprechenden Vorrat für seine Arbeit werden, deshalb können wir nicht auf den Zollschutz verzichten. Auch der Arbeiter, der seine Schwelme verdient, wird durch den Zollschutz schwer geschädigt. Ohne Rücksicht auf die Landwirtschaft ist nicht mehr extensiv. Paragraph 12 des Fleischbeschauengesetzes darf nicht angegriffen werden, das erklärt ich im Namen des deutschen Bauernbundes. Ein besonderes Verdienst kommt der national-liberalen Partei zu, die auch die häßliche Bevölkerung für diese landwirtschaftliche Haltung gewinnt. Stärken wir den Bauernstand, so stärken wir damit die Wehrkraft des Reiches. (Beifall.)

Abg. Weisbach (Kon.): Die Fleischkontrolle läßt sich nur durch eine planmäßige Förderung der einheimischen Viehzucht lösen.

Abg. Koch (Fortf. v.): Sollten die Konservativen früher der Aushebung der Futtermittelzölle zugestimmt, so hätten wir die ganze Misere nicht. (Lachen rechts; Sehr richtig! links.) Eine Aushebung der Futtermittelzölle ist es nicht möglich, das wird durchhalten. Durch die Zollpolitik wird unzweifelhaft der ganze kleine Bauernstand angegriffen. (Lachen.) Dem Sozialdemokratischen Antrage auf Zulassung von Gefrierfleisch können wir nicht zustimmen. Wir müssen zum mindesten verlangen, daß bestimmte Tierärzte ins Ausland geschickt werden und dort das zu importierende Fleisch auf Art und Qualität untersuchen. (Lachen.) Nach weiterer unerschöpflicher Debatte wurde ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen.

Die sozialdemokratischen Anträge werden, soweit nicht namentliche Bestimmungen beantragt worden ist, in einfacher Abstimmung abgelehnt.

Widerrufen wurde über den Antrag der fortschrittlichen Volkspartei vom 1. April 1913 ab wird der Bundesrat zurückgeschickt, allgemein die Zölle für Schweinefleisch und Fleisch sowie für Jungvieh, Rinderzucht und Zuchtvieh ganz oder teilweise außer Gebrauch zu setzen, soweit und solange es zur Abhilfe eines Notstandes erforderlich ist namentlich abgelehnt.

Einbundesratsfähige Abgeordnete stimmen für den Antrag, 154 dagegen, 3 enthalten sich der Stimme.
Der Antrag ist somit abgelehnt.

Der Antrag der fortschrittlichen Volkspartei auf Aushebung der Futtermittelzölle wurde in namentlicher Abstimmung ebenfalls abgelehnt. 149 Abgeordnete stimmen dafür, 184 dagegen, 4 enthalten sich der Stimme.

Darauf wurde der Gegenentwurf fast einstimmig unverändert angenommen.

Der freiwirtschaftliche Gesamtantrag zur sozialdemokratischen Resolution, daß im Falle der Aushebung des § 12 des Fleischbeschauengesetzes beamtete Tierärzte in die Ursprungsländer zu entsenden seien, wurde in einfacher Abstimmung abgelehnt.
Schließlich wurde über die sozialdemokratische Resolution auf Fortsetzung eines Gefrierfleisch zur Vereinfachung der Einfuhr von Fleisch aller Art unter Aushebung des § 12 des Fleischbeschauengesetzes abgelehnt. Von 338 Abgeordneten stimmten 109 für die Resolution, 229 dagegen. Die Resolution ist somit abgelehnt.
Alle übrigen Resolutionen wurden abgelehnt.
Damit ist die zweite Lesung des Gesetzes beendet.
Nächste Sitzung Sonnabend 11 Uhr. Dritte Lesung des Fleischbeschauengesetzes; Fortsetzung der Staatsberatung.
(Schluß 7 Uhr.)

Preussischer Landtag.

Herrenhaus.

Sitzung vom 31. Januar 1913.

Am Ministertisch; v. Arendtsch.
Präsident v. Adel-Wiedack eröffnete die Sitzung um 1 Uhr 25 Minuten.

Zunächst fand die Vereidigung der neu eingetretenen Mitglieder Dr. v. Gull, Fürst v. Gassel-Willenburg, Fürst v. Sagn-Hohenstein und Fürst v. Sagn-Wittgenstein-Verbeleg statt.
Der Entwurf eines Wassergesetzes wurde von der Tagesordnung abgesetzt mit der Maßgabe, daß es am Montag auf die Tagesordnung gesetzt wird.

Es folgte die Beratung des Nachtragssetzts für 1912, in welchem 60 000 000 Mark zur Erweiterung von Eisenbahnanlagen und zur Unterbringung von Unterbreiten gefordert werden.

Der Nachtragssetz wurde ohne Debatte genehmigt.
Es folgte die Beratung des Gefrierfleischgesetzes, betreffend die Verpflichtung zum Besuch ländlicher Fortbildungsschulen in den Provinzen Brandenburg, Pommern, Sachsen, Schleswig-Holstein, Westfalen, sowie in der Rheinprovinz und in den Nordostpreussischen Landen.

Nach der Vorlage nach durch statutarische Bestimmung einer Gemeinde für die nicht mehr schulpflichtigen unter 18 Jahre alten männlichen Personen für drei auf einander folgende Winterhalbjahre die Verpflichtung zum Besuch einer ländlichen Fortbildungsschule festgestellt werden.

Verichterstattung Dr. v. A. empfing die Annahme der Resolution der Kommission, in welcher die Regierung erklärt wird, dafür zu sorgen, daß in der Fortbildungsschule auch auf die zeitliche Fortbildung der Fortbildungsschüler Bedacht genommen wird.

In der Generaldebatte erklärte
Graf v. Pöhlitz, daß ohne obligatorische Fortbildungsschule das Ziel der weiteren Fortbildung der Jugend nicht erreicht werden kann.

v. Busch: In der Kommission ist betont worden, daß ein Zwang zur Errichtung von Fortbildungsschulen nicht ausgeübt werden soll. Wir erwarten nähere Aufklärung hierüber, da wir sonst beantragen, den Entwurf an die Kommission zurückzuweisen.

Landwirtschaftsminister Dr. v. Schorlemer: In den Gesetzen betr. Errichtung von Fortbildungsschulen für Hannover, Ostpreussen und Schlesien ist klar ausgesprochen, daß ein Zwang zur Errichtung von Fortbildungsschulen nicht statuiert werden soll. Ein Zwang besteht nur für den Besuch dieser Schulen, wo sie bestehen. Die Regierung ist bereit, die Wünsche der Kommission anzunehmen. Die Regierungspräsidenten sind angewiesen, einer allg. befehlsmäßigen Einwirkung der ländlichen Fortbildungsschulen vorzugehen. Wir wünschen ein allmähliches, gelindes Wachstum der ländlichen Fortbildungsschulen. Die Regierung hält aber an dem Standpunkt fest, daß ein Zwang zum Besuch des Religionsunterrichts über das 14. Jahr nicht zulässig ist.

Kardinal Dr. v. Sopp stellte mit Rücksicht auf die Erklärung des Ministers dem Hause anheim, die Vorlage an die Kommission zurückzuweisen.

Darauf wurde der Gegenentwurf an die Kommission zurückgewiesen.

Es folgte der Entwurf eines Entwässerungsgesetzes für das in der Provinz der Industriegebiete.
Nach kurzen Ausführungen des Grafen Mirbach und des Ministers Dr. v. Schorlemer wurde der Gegenentwurf unverändert nach dem Beschluß des Abgeordnetenhauses angenommen. Das Haus an der Tagesordnung abgelehnt.

Es folgte die Beratung des Entwurfs eines Moorwässergesetzes.

Graf v. Kanthack beantragte, das Gesetz aus auf die Provinz Schleswig-Holstein auszudehnen.

Minister Dr. v. Schorlemer: Ich bitte, dem Antrag nicht stattzugeben. Ich bin bereit, in der nächsten Session dem Landtag eine entsprechende Vorlage zu machen, sobald die Provinz Schleswig-Holstein mit einem beratigen Wunsch an mich herantritt.

Graf v. Kanthack zog mit Rücksicht auf die Erklärung des Ministers seinen Antrag zurück.

Nach kurzen Ausführungen des Grafen Mirbach wurde der Gegenentwurf als bloß angenommen.

Es folgte die Billigung.

Die Petition um Gewährung von Kostzuschüssen an die Beamten wurde durch Übergang zur Tagesordnung erledigt.

Petitionen um gefällige Eröffnung der Aufgehbarkeit der Pensionäre und des Witwengebührens bzw. um Gewährung von Kostzuschüssen für das laufende Jahr wurden mit Rücksicht auf die Finanzlage und die für diese Zwecke vorhandenen Unterhaltungsfonds durch Übergang zur Tagesordnung erledigt.

Damit war die Tagesordnung erschöpft.
Nächste Sitzung: Sonnabend 8 Uhr. Tagesordnung: Kleineere Vorlagen, Petitionen.
(Schluß 4 1/2 Uhr.)

Abgeordnetenhause.

Sitzung vom 31. Januar 1913.

Am Ministertisch; v. Dalwitz.
Präsident Dr. Graf v. Schwerin-Weiß eröffnete die Sitzung um 11 Uhr 20 Minuten.

Zweite Beratung des Entwurfs des Ministeriums des Innern.

Verichterstattung Minister (Konf.) berichtete über die Verhandlungen der Subkommission.
Abg. v. Karlowitz (Freiw.): Ich behaupte, daß der Reichstag sich getrennt nach unserer Seite in eine preussische Angelegenheit gemischt hat; noch mehr behaupte ich, daß das Zentrum in Gesellschaft der Polen, der westpreussischen und ostpreussischen

getrennt dem Reichstag ein Mitspracherecht erteilt hat. Was man über diese Frage denken, wie man mit; es ist eine Irrtum und gehört hierher; der Reichstagler ist als Ministerpräsidenten hierüber nur bei Abgeordnetenhaus verantwortlich. Ich hoffe, daß diese Aktion auf die Regierung einen Eindruck machen wird. Die Ausführungen, die der Abg. Graf Wehner vor kurzem im Reichstage über den Schluß der Arbeitswilligen gemacht hat, billigen wir durchaus. Wir fordern ebenso wie die große Mehrheit der Landesparlamenten in jeder Hinsicht gefällige Maßnahmen. Mit den jetzigen Gesetzesvorschriften kommen wir nicht aus; sonst sind die Arbeitswilligen dem Zentralismus der Sozialdemokratie auf jeden Fall ausgeliefert. (Sehr richtig!) Die Macht der Sozialdemokratie beruht nur darauf, daß sie der organisierte Arbeit (Sehr richtig!) und Brown'sche; Widerspruch und Lachen bei den Sozialdemokraten, und das Zentrum der Staat auf gefällige Maßnahmen bestimmen. (Beifall Zustimmung rechts.) Die Staatsaufsicht muß auch dafür sorgen, daß die Verwaltungen der Städte und Landgemeinden nicht in die Hände der Sozialdemokratie geraten. Die Entscheidungen des Zentrums und der Liberalen, das sei, wenn ihnen volle Freiheit gegeben würde, mit der Sozialdemokratie sehr fertig werden, haben sich als irrig erwiesen, das sehen wir in Belgien, in Köln, München und ebenso in Baden. Da kann nur die Staatsmacht helfen. Das Sozialistengesetz hat seiner Zeit eine sehr gute Wirkung gehabt. Jetzt haben Regierung und Parteien inheim das Gefühl verloren für die Gemeinwohlthätigkeit der Sozialdemokratie. (Beifall sehr richtig! rechts.) Wir haben die Aufgabe zu machen (Lärm) bei den Sozialdemokraten: Gehört zu machen!; sehr richtig!; sehr zu machen. Damit erfüllen wir die Pflicht gegen unser Gewissen und gegen das Land. (Beifall sehr richtig! rechts.)

Abg. v. G. Berlin (Sos.): Der Reichstag hat sehr wohl das Recht, auch preussische Angelegenheiten zu besprechen. Aus der konservativen Presse und auch aus der Rede des Herrn v. Karlowitz kann man den Schluß ziehen, daß die Ministerkürzer wieder an der Arbeit und die Lage des Herrn Debrick gestiftet sind. (Lachen rechts.) Auf allen Gebieten der inneren Verwaltung ist ein tatsächlicher Stillstand eingetreten; desto mehr macht sich aber ein stiller Stillstand geltend, besonders auf dem Gebiete des Vereins- und Verfallensstreits. Daß die Sozialdemokratie immer mehr Einfluß in den Städten und Gemeinden zu gewinnen beginnt, ist ein Verlust für die Übergewalt der Ministerial- und Notwendigkeit der Sozialdemokratie in immer weitere Kreise bringt. Dies mit Gewalt hintanhelfen zu wollen, ist ungeschicklich und bedeutet einen Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung. Ein von Abg. Karlowitz gewünscht Zwischenstadium würde sich nicht sowohl gegen die Sozialdemokratie als vielmehr gegen die Gewerkschaften richten, die als Streikorganisationen angesehen werden. Unter dem früheren Sozialistengesetz ist die Sozialdemokratie groß und stark geworden. Wir fürchten auch ein neues Sozialistengesetz nicht. Wir haben niederdrückenden Maßnahmen gegen die Sozialdemokratie nicht. (Beifall sehr richtig! rechts.) Die Sozialdemokratie ist eine eminente geistige Bewegung und keine Gewaltmaßnahmen sind imstande, sie zu vernichten. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Graf v. b. Groeben (Konf.): Der Zentralismus der Sozialdemokratie ist kein Märchen. Von der Sozialdemokratie werden alle diejenigen Arbeiter auf die Straße gesetzt, die sich ihren Organisationen nicht anschließen. Wenn die Unternehmungen sich diesen Verbrehen nicht widersetzen, wenn sie den Arbeitswilligen Gelegenheit zur Arbeit geben, so ist das das Gegenteil von Zentralismus. (Sehr nach rechts; Zurufe bei den Sos.) Was wir find wegen des Substrats niederdrückend, ist die preussische Angelegenheiten zu machen hat. Die Volkstanz geht nur Preußen an; wir wollen Herr in unserem Hause bleiben. (Beifall Zustimmung rechts.) Dagegen gehen die Reichsangelegenheiten zunächst Preußen, als die folgenden Staat, an. (Widerpruch bei den Sos.) Von Ministerkürzern kann bei uns keine Rede sein, da wir an dem Rechte des Königs, die Minister zu ernennen, nicht rütteln wollen. Die Regierung wird hoffentlich bald zu der Einsicht kommen, daß sie mehr für den Schluß der Arbeitswilligen tun muß, wenn sie alle die Kräfte nicht, die der Zentralismus der Sozialdemokratie verschuldet hat. (Wilde Zurufe bei den Sos.; Abg. Dr. v. G. rief: Schämte! Schämte! Es ist eine Schande, dies zu behaupten.)

Reichspräsident Dr. Kranke: Herr Abg. v. G., ich rufe Sie wegen dieser unqualifizierenden Ausdrücke zur Ordnung und bitte, doch endlich die Verhandlung führenden Zwischenrufe zu unterlassen.

Abg. Dr. Friedrichberg (Nat.): Es muß einmal gefällig festgelegt werden, wie weit die Staatsaufsicht über die Kommunen zu gehen hat. Das Verhalten in der Provinz Hannover erfreut sich seitens mancher Konservativen und der dortigen amtlichen Stellen sehr der Bewunderung. Wie der Herr Minister hier seine Aussagen halten, (Zustimmung) zumal die Stellen mit der Sozialdemokratie bei den Wahlen partisiert haben. Auch wir bedauern, daß das Zentrum im Reichstage dem Reichstagler ein Mitspracherecht erteilt hat, ich behaupte ebenso, daß der konservative Redner sich über diese Frage ausgesprochen hat. Den Verbrehungen für einen größeren Schluß der Arbeitswilligen stimmen wir zu. Unseres Erachtens müßte die Frage so zu regeln, daß die Berufsvereinigungen halbfertig gemacht werden für den Schluß, den ihre Mitglieder den Arbeitswilligen zulassen. In der Bekämpfung der Sozialdemokratie sind wir mit dem Zentrum und der rechten christlichen Parteien veranlassen, eine Reform des rechtlichen Rechts durch Einführung der direkten und geheimen Wahl. (Zustimmung bei den Nat.) Ein Wohlstandsgesetz ist unbedingt notwendig. Im Hinblick auf die bevorstehenden Landtagswahlen bitten wir den Minister, den ihm unterstellten Behörden zugehend aus Fern zu legen, allen Parteien gegenüber gleiche Neutralität zu zeigen. (Beifall sehr richtig! bei den Nat.)

Minister des Innern v. Dalwitz: Den wünschenden Verbrehungen wird durch die Behörden in Hannover weder mittelbar noch unmittelbar eine Förderung zuteil. Daran werden wir auch fernhin festhalten. Eine einheitliche Gesetzgebung über die Kommunen ist ein wichtiger Punkt, den wir ernstlich verfolgen werden. Es ist ein wichtiger Punkt, den wir ernstlich verfolgen werden. Es ist ein wichtiger Punkt, den wir ernstlich verfolgen werden.

Minister des Innern v. Dalwitz: Den wünschenden Verbrehungen wird durch die Behörden in Hannover weder mittelbar noch unmittelbar eine Förderung zuteil. Daran werden wir auch fernhin festhalten. Eine einheitliche Gesetzgebung über die Kommunen ist ein wichtiger Punkt, den wir ernstlich verfolgen werden. Es ist ein wichtiger Punkt, den wir ernstlich verfolgen werden.

Minister des Innern v. Dalwitz: Den wünschenden Verbrehungen wird durch die Behörden in Hannover weder mittelbar noch unmittelbar eine Förderung zuteil. Daran werden wir auch fernhin festhalten. Eine einheitliche Gesetzgebung über die Kommunen ist ein wichtiger Punkt, den wir ernstlich verfolgen werden. Es ist ein wichtiger Punkt, den wir ernstlich verfolgen werden.

Minister des Innern v. Dalwitz: Den wünschenden Verbrehungen wird durch die Behörden in Hannover weder mittelbar noch unmittelbar eine Förderung zuteil. Daran werden wir auch fernhin festhalten. Eine einheitliche Gesetzgebung über die Kommunen ist ein wichtiger Punkt, den wir ernstlich verfolgen werden. Es ist ein wichtiger Punkt, den wir ernstlich verfolgen werden.



